

J 003**DGB-Bezirksvorstand West**

Beschluss des DGB-Bundeskongresses

Angenommen als Material zu den Anträgen J 001 und J 002

Betriebliche und Unternehmensmitbestimmung erhalten und ausbauen, die Europäischen Betriebsräte (EBR) stärken

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Die Mitbestimmung im Betrieb, auf Unternehmensebene und im Rahmen von europäischen Betriebsräten sind für die DGB-Gewerkschaften unverzichtbarer Teil einer demokratischen Gesellschaft. Nach wie vor gilt: Die Demokratie darf vor den Werks- und Bürotüren nicht halt machen.

Der Organisationsbereich der DGB-Gewerkschaften ist durch eine große Bandbreite gekennzeichnet: hier der inhabergeführte Klein- oder Mittelbetrieb, dort der Standort eines zentral geführten Weltkonzerns. Zentral für die Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen sind dabei die Arbeitsmöglichkeiten von Betriebsräten.

Während es in vielen Betrieben um die Durchsetzung der einfachsten Rechte der Betriebsräte geht, wird in anderen Betrieben über weitreichende Entlohnungssysteme oder über wegweisende Vereinbarungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie verhandelt. Dieser Spannbreite müssen sich nicht nur die DGB-Gewerkschaften weiterhin stellen und ihr gerecht werden, sondern auch die gesetzlichen Grundlagen müssen dem gerecht werden.

Die Reform der Betriebsverfassung 2001 hat in vielen Bereichen Verbesserungen gebracht. Allerdings ist die Betriebsverfassung weiterzuentwickeln.

Gründung von Betriebsräten erleichtern – Schutz verbessern

In manchen Organisationsbereichen wird die Gründung von Betriebsräten sowohl von Arbeitgebern in Klein- und Mittelbetrieben, wie auch von manchen Großbetrieben mit allen Mitteln bekämpft. Wir fordern daher den DGB, auf sich dafür einzusetzen, dass

- Initiatoren einer Betriebsratswahl einen besseren Kündigungsschutz genießen;
- Arbeitgeber, die eine Betriebsratswahl behindern, härter bestraft werden und die Gerichte die Behinderung von Betriebsratswahlen auch tatsächlich ahnden;
- die weitere Vereinfachung des Wahlverfahrens durch eine Erweiterung der zwingenden Anwendung des vereinfachten Wahlverfahrens auf Betriebe mit einschließlich 100 wahlberechtigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Arbeit der Betriebsräte stärken

Die Reform der Betriebsverfassung 2001 hat zwar viele Verbesserungen gebracht, aber in einer sich immer schneller wandelnden Welt müssen auch die Arbeitsbedingungen der Betriebsräte mit den Veränderungen Schritt halten.

Wir fordern daher:

- ein umfassendes Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats bei der Sicherung und Förderung der Beschäftigung;
- die betriebsverfassungsrechtliche Gleichstellung von überlassenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, arbeitnehmerähnlichen Personen bzw. Fremdfirmenarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmern mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern des Betriebs nebst Ausweitung der Beteiligungsrechte des Betriebsrats des Einsatzbetriebs für diesen Personenkreis;
- Berücksichtigung von Leiharbeitnehmern bei der Größe des Betriebsrats und bei den Freistellungsregelungen;

- die Schaffung von effektiven Mitbestimmungsrechten beim Einsatz von Leiharbeitnehmern und Fremdfirmenbeschäftigten (Recht durch Betriebsvereinbarung Höchstzahl festzulegen);
- die Fortentwicklung der Betriebsratsstrukturen i. S. einer effektiven Interessenvertretung auf der Entscheidungsebene von Konzernen und Ermöglichung des Aufbaus und der Nutzung transnationaler Kontakte unter globalisierten Rahmenbedingungen;
- die weitergehende Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Betriebsräte in Klein- und Mittelbetrieben durch anteilige Freistellungen und die generelle Möglichkeit auf eine schnelle Beiziehung von Sachverständigen;
- eine beteiligungsorientierte Stärkung der Individualrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen der repräsentativen Betriebsverfassung (z.B. § 28a BetrVG);
- die Schaffung eines effektiven Rechtsschutzes für den Betriebsrat zur Gewährleistung seiner Rechte durch die Veranlassung eines Unterlassungsanspruches sowie durch die vorläufige Vollstreckbarkeit von Beschlüssen.

Rechte der Europäischen Betriebsräte stärken

Die Rolle der Europäischen Betriebsräte muss gestärkt werden. Die Revision der Richtlinie über die Europäischen Betriebsräte ist überfällig. Der DGB muss sich mit Nachdruck für eine verbesserte Richtlinie über Europäische Betriebsräte einsetzen und die Aktionen des EGB unterstützen.

Dabei sind bei der Revision der Richtlinie folgende Punkte von besonderer Bedeutung:

- Gleich definierte Informations- und Konsultationsrechte für EBR, wie diese für Betriebsräte in Europäischen Aktiengesellschaften bestehen.
- Anerkennung der Rolle der Europäischen Gewerkschaftsverbände im besonderen Verhandlungsgremium und in den Europäischen Betriebsräten.
- Möglichkeit der Neuverhandlung von „Alt“-Vereinbarungen, damit alle EBR die Möglichkeit haben, von einer Verbesserung der Richtlinie zu profitieren.
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen von EBR (u.a. mindestens zwei Sitzungen pro Jahr, Anspruch auf Weiterbildung, Zugang zu Betrieben und Einbeziehung von externen Sachverständigen, Schutz von EBR-Mitgliedern wo nationaler Schutz nicht ausreichend ist).
- Das Recht verbindliche Rahmenabkommen zu schließen, sofern sie durch nationale Stellen (KBR, GBR, BR) legitimiert sind.

Zusammenarbeit im EBR stärken - Netzwerke schaffen

Darüber hinaus muss die Zusammenarbeit in den Europäischen Betriebsräten gestärkt werden. Dies ist ein wichtiger Baustein auf dem Weg zu einer gemeinsamen – wirkungsvolleren - Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen gegenüber den europaweit agierenden Unternehmen.

Wir müssen unsere Arbeit in den Europäischen Betriebsräten verbessern. Dieses ist eine wichtige Aufgabe der europäischen Branchenverbände und des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB). Insbesondere wird es darum gehen müssen, die Arbeit der Europäischen Betriebsräte zu vernetzen und stärker in den Gewerkschaften und in der Öffentlichkeit sichtbar zu machen. Dieses erfordert auch stärker gemeinsame Themen in europäisch arbeitenden Unternehmen durch die EBR's einzubringen.

Der DGB-Bundesvorstand wird aufgefordert, hierzu im EGB entsprechende Initiativen zu ergreifen.

Unternehmensmitbestimmung stärken

Die deutsche Unternehmensmitbestimmung hat sich bewährt. Sie hat den ArbeitnehmerInnen zusätzliche Einflussmöglichkeiten gebracht. Trotzdem versuchen große Teile des Arbeitgeberlagers die Mitbestimmung in Frage zu stellen bzw. sie im Gewand einer angeblichen Modernisierung so umzugestalten, dass sie ihre Wirkung verliert. Der DGB wird beauftragt zur Sicherung und zum Ausbau der Unternehmensmitbestimmung, verstärkt Aufklärung zu betreiben, um den Wert der Mitbestimmung zu unterstreichen.

Im Rahmen der Internationalisierung ist es notwendig, dass die Mitbestimmungsgesetze dahingehend geändert werden, dass durch Vereinbarung zwischen Konzernleitung und Gewerkschaft den ausländischen Kolleginnen und Kollegen das aktive und passive Wahlrecht bei Aufsichtsratswahlen eingeräumt werden kann.